

Lehment, Harmen

**Book Part — Digitized Version**

## Internationale Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Lehment, Harmen (1991) : Internationale Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, In: Siebke, Jürgen (Ed.): Monetäre Konfliktfelder der Weltwirtschaft, ISBN 3-428-07220-0, Duncker & Humblot, Berlin, pp. 611-620

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2005>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# **Internationale Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**

Von *Harmen Lehment*, Kiel

## **I. Einleitung**

Am 1. Juli 1990 ist die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWSU) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft getreten. Die zentralen Elemente dieser Union, die zugleich den ersten Schritt zur politischen Einheit Deutschlands darstellt, bestehen in

- einer Währungsunion mit einem einheitlichen Währungsgebiet und der Deutschen Mark (DM) als gemeinsamer Währung; die Verantwortung für die gemeinsame Währung liegt bei der Deutschen Bundesbank;
- einer Wirtschaftsunion, die auf die Soziale Marktwirtschaft gegründet ist und insbesondere bestimmt wird durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Leistungen;
- einer Sozialunion, die eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und soziale Sicherung vorsieht.

Zur finanziellen Unterstützung der DDR in der Übergangsphase wurde zudem zwischen Bundesregierung und Bundesländern die Errichtung eines Sonderfonds „Deutsche Einheit“ vereinbart. Das Volumen dieses Fonds beläuft sich auf insgesamt 115 Mrd. DM, von denen 95 Mrd. DM durch Kreditaufnahme und 20 Mrd. DM durch Einsparungen im Bundeshaushalt aufgebracht werden sollen.

In diesem Beitrag wollen wir uns mit den Auswirkungen befassen, welche die WWSU auf andere Länder hat. Dabei sollen drei Aspekte im Vordergrund stehen:

- die makroökonomischen Effekte,
- die Auswirkungen auf das Europäische Währungssystem EWS,
- die Implikationen für die Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EG.

## II. Internationale Makroökonomische Effekte der WWSU

Internationale makroökonomische Auswirkungen der WWSU lassen sich vor allem zurückführen auf

- die von der WWSU erwarteten Impulse für private Investitionen in der DDR und
- die weitgehend über den Kapitalmarkt finanzierten staatlichen Transferzahlungen an die DDR und die dadurch hervorgerufenen zusätzlichen Investitions- und Konsumausgaben.

Bei Annahme einer stabilitätsorientierten (nicht akkomodierenden) Geldpolitik der Bundesbank entspricht die WWSU aus der Sicht der makroökonomischen Analyse dem Fall einer expansiven kreditfinanzierten Ausgabenpolitik. Dem üblichen Argumentationsmuster folgend (wie es zuletzt insbesondere im Zusammenhang mit der expansiven US-Fiskalpolitik Anfang der achtziger Jahre zu finden ist<sup>1</sup>), ergeben sich daraus für das Ausland folgende Wirkungen:

- Die zusätzlichen Investitions- und Konsumausgaben im Zuge der WWSU führen unmittelbar zu einer Ausweitung der gesamtdeutschen Nachfrage nach ausländischen Produkten. Wie stark dieser direkte Nachfrageeffekt ausfallen wird, ist wegen der recht hohen Ungewißheit über das Investitions- und Ausgabenverhalten in der DDR nach dem Inkrafttreten der WWSU nur schwer zu quantifizieren. Legt man Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (*Beyfuß* und *Link* 1990) zugrunde, so werden die Gesamtexporte der Industrieländer durch den Nachfrageschub aus der WWSU um 0,1 - 0,4 Prozentpunkte zunehmen.

- Die zusätzliche Kreditaufnahme für DDR-Investitionen und für Transferzahlungen an die DDR führt tendenziell zu einem Zinsanstieg, der sich bei international integrierten Kapitalmärkten auf das Ausland überträgt. Dieser Zinsauftrieb dämpft die Nachfrage nach ausländischen Produkten und erschwert die Budgetkonsolidierung in hochverschuldeten Ländern<sup>2</sup>. Genauere quantitative Aussagen darüber, wie stark ein solcher Zinsauftrieb ausfällt, sind allerdings kaum möglich. Auch eine Auswertung der internationalen Zinsentwicklung, wie sie nach der im Februar getroffenen Entscheidung für die rasche Verwirklichung einer deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion zu beobachten ist, liefert keine genaueren Aufschlüsse (Tabelle 1). Das langfristige Zinsniveau in der Bundesrepublik stieg zwar von Januar bis März deutlich an (um einen Prozentpunkt), wobei es zumindest plausibel erscheint,

<sup>1</sup> Vgl. *Lehment* (1988), S. 172 ff.

<sup>2</sup> Mit Blick auf den letztgenannten Effekt hat sich der belgische Finanzminister *Maystadt* (1990) dafür ausgesprochen, Finanztransfers an die DDR möglichst nicht über eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt zu finanzieren.

diese Entwicklung hauptsächlich auf die Erwartungen über die Zinswirkung der WWSU zurückzuführen. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, daß der Zinsanstieg in den anderen großen Industrieländern (mit Ausnahme Großbritanniens) deutlich geringer ausfiel. In Frankreich und Italien blieb das Zinsniveau sogar nahezu unverändert. Für eine solche Entwicklung mag es verschiedene Erklärungen geben. Eine mögliche Erklärung geht dahin, daß der Anstieg der langfristigen DM-Zinsen vor allem die Erwartung einer höheren deutschen Inflationsrate widerspiegelt – und nicht die Erwartung einer (sich tendenziell auch auf andere Länder übertragenden) Realzinserhöhung infolge einer stärkeren Mittelaufnahme am Kapitalmarkt. Eine andere Erklärung mag darin liegen, daß ein erwarteter Realzinsanstieg in seiner Wirkung auf das Zinsniveau in anderen Ländern durch andere Faktoren (z. B. günstigere Prognosen für die dortige Preisentwicklung) überkompensiert wurde.

Tabelle 1

**Zinssätze langfristiger Staatsschuldtitle in wichtigen Industrieländern**

Land	Januar 1990	März 1990
Bundesrepublik Deutschland	7.90	8.90
Frankreich	10.12	10.21
Italien	11.52	11.55
Großbritannien	10.28	11.46
USA	8.21	8.59
Japan	6.65	7.18

Quelle: Swiss Bank Corporation [1990].

– Bei stabilitätsorientierter Geldpolitik führt die zusätzliche Kreditnachfrage im Zuge der WWSU tendenziell zu einer (realen) Aufwertung der D-Mark. Diese reale Aufwertungstendenz läßt sich auch so erklären, daß die WWSU zu einer Verschiebung der internationalen Nachfragestruktur zugunsten von deutschen Produkten führt. Denn die höheren Zinsen, die sich aus der zusätzlichen Kreditaufnahme ergeben, führen bei international integrierten Kapitalmärkten zu einem weltweiten crowding-out zinsabhängiger Nachfrage; die durch die WWSU hervorgerufene zusätzliche Güternachfrage richtet sich dagegen vorrangig auf deutsche Güter. Durch diese Änderung der Nachfragestruktur ergibt sich tendenziell eine relative Verteuerung deutscher Produkte, also eine reale Aufwertung der D-Mark. Die reale Aufwertung kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen. Der erste Weg führt über die nominale Aufwertung der D-Mark. Dadurch erhöht sich tendenziell die Preiswettbewerbsfähigkeit der ausländischen Unternehmen mit der Folge, daß Exporte nach Deutschland zusätzlich begünstigt werden. Zugleich führt die

Abwertung über einen Anstieg der Importpreise aber auch zu einer höheren Inflationsrate im Ausland. Der zweite Weg besteht darin, daß die ausländische Notenbank den Wechselkurs durch eine restriktive Geldpolitik verteidigt, die dafür sorgt, daß der Preisanstieg im Ausland hinter dem deutschen Preisanstieg zurückbleibt. Reagieren Preise nur mit Verzögerungen auf geldpolitische Kursänderungen, so birgt eine solche Strategie allerdings das Risiko einer Stabilisierungsrezession. Der quantitative Effekt der WWSU auf den realen Wechselkurs ist äußerst schwer abzuschätzen; dies liegt nicht zuletzt daran, daß eine befriedigende Erklärung sowohl der nominalen als auch der realen Wechselkursentwicklung immer noch aussteht. Eine Auswertung der Wechselkursentwicklung der D-Mark von Januar bis März 1990 zeigt, daß die Ankündigung einer raschen Verwirklichung der deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion weder zu einer realen noch zu einer nominalen Aufwertung der D-Mark geführt hat – wie man es den obigen Überlegungen folgend erwarten müßte<sup>3</sup>. Im Gegenteil wertete sich die D-Mark in dem genannten Zeitraum sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber den anderen am EWS-Wechselkursmechanismus teilnehmenden Währungen leicht ab. Der von der Bundesbank ausgewiesene reale Außenwert der D-Mark gegenüber 18 Industrieländern verminderte sich ebenfalls (Deutsche Bundesbank, 1990). Ein möglicher Grund für diese Divergenz mag darin liegen, daß die Marktteilnehmer die – den theoretischen Überlegungen zugrundeliegende – Annahme einer unverändert stabilitätsorientierten Geldpolitik nicht teilten und damit rechneten, daß die WWSU zu einer Lockerung der deutschen Geldpolitik und zu einer höheren Inflationsrate führen würde. Dies wäre auch im Einklang mit der Beobachtung, daß die langfristigen D-Mark Zinsen im gleichen Zeitraum stärker anzogen als die Zinsen für den US-Dollar oder für die anderen am EWS- Wechselkursmechanismus teilnehmenden Währungen.

Zusammengefaßt sind von der WWSU für das Ausland sowohl positive als auch negative (zinsbedingte) Nachfragewirkungen zu erwarten, deren Gesamtwirkung sich nur schwer einschätzen läßt<sup>4</sup>. Allerdings kann man vermuten, daß der Nachfrageschub für andere Länder insgesamt relativ niedrig ist; die vom Institut der Deutschen Wirtschaft errechnete induzierte Exportzunahme um 0,1 bis 0,4 Prozentpunkte dürfte daher eher eine Obergrenze dar-

---

<sup>3</sup> Nach gängiger Vorstellung, wie sie auch in den Diskussionen über die expansive Fiskalpolitik in den USA Anfang der achtziger Jahre zum Ausdruck kam, haben Maßnahmen, die den künftigen Wechselkurs beeinflussen, einen unmittelbaren gleichgerichteten Effekt auf den laufenden Wechselkurs (vgl. beispielsweise *Feldstein*, 1986).

<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß eine expansive Fiskalpolitik im Rahmen makroökonomischer Modelle keine eindeutigen Effekte auf Produktion und Beschäftigung in anderen Ländern hat. Dies gilt insbesondere für die Auswirkung in Festkurssystemen (wie dem EWS) und für die Auswirkungen bei einer am Konsumentenpreisniveau ausgerichteten Lohnpolitik (vgl. *Mundell* 1968, *Bruno* und *Sachs* 1985).

stellen, insbesondere, da zinsbedingte Crowding-out Effekte und die damit verbundene Dämpfung der Binnenkonjunktur in anderen Ländern nicht berücksichtigt sind.

Neben den hier diskutierten Nachfrageeffekten sind auf längere Sicht möglicherweise auch positive Angebotseffekte ins Kalkül zu ziehen, die sich durch die Integration der DDR in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ergeben; diese Angebotseffekte dürften allerdings erst nach einiger Zeit wirksam werden und – wegen der relativen Größenordnung der DDR – in ihren internationalen Auswirkungen ebenfalls vergleichsweise gering sein.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird vielfach auch der Effekt erörtert, den die WWSU auf die Leistungsbilanzen anderer Länder hat. Dabei besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die vorrangig über eine Kreditaufnahme finanzierten zusätzlichen Investitions- und Konsumausgaben im Zuge der WWSU tendenziell zu einer Verminderung der deutschen Nettokapitalexporte und des deutschen Leistungsbilanzüberschusses gegenüber anderen Staaten führen (vgl. beispielsweise *Siebert* 1990). Erhebliche Unsicherheit besteht allerdings darüber, wie stark diese Verminderung ausfällt, insbesondere weil der Effekt der WWSU auf die private Investitionstätigkeit in der DDR und das Sparverhalten der DDR-Bürger schwer einzuschätzen ist. Folgt man den Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (*Beyfuß* und *Link* 1990), so wird die DDR gegenüber dem Ausland (ohne Bundesrepublik) 1991 ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 30 Mrd. DM aufweisen, wovon etwa 10 Mrd. DM auf die EG-Länder und etwa 20 Mrd. DM auf die übrige Welt entfallen. Dadurch würde sich tendenziell eine deutliche Verminderung des gesamtdeutschen Leistungsbilanzüberschusses ergeben. Allerdings läßt sich dies nicht ohne weiteres als eine für das Ausland günstige Entwicklung interpretieren. Denn der mit dem DDR-Leistungsbilanzdefizit einhergehende Kapitalimport bedeutet, daß anderen Ländern entsprechend weniger Kapital zur Verfügung steht und der Aufbau von Produktionskapazitäten in diesen Ländern von daher gebremst wird.

### **III. Auswirkungen der WWSU auf das Europäische Währungssystem**

Auswirkungen der WWSU auf das europäische Währungssystem sind vor allem unter zwei Aspekten zu betrachten. Zum einen macht die WWSU die Geldpolitik der Bundesbank schwieriger. Dies ist wegen der „Ankerfunktion“, die die bundesdeutsche Geldpolitik für das EWS übernommen hat, auch für die übrigen an dem Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmenden Länder relevant. Zum anderen ist es möglich, daß es zu einem realen Aufwertungsdruck für die D-Mark kommt, der zu entsprechenden Wechselkursspannungen im EWS führt.

Die WWSU stellt die deutsche Geldpolitik insbesondere vor drei Probleme:

– *Probleme im Zuge der Währungsumstellung.* Durch die Einführung der D-Mark in der DDR dürfte die DM-Geldmenge in der Abgrenzung M3 (die auch dem von der Bundesbank formulierten Geldmengenziel zugrunde liegt) um gut 10 v. H. steigen, also etwa im Gleichschritt mit der Zunahme des auf D-Mark basierenden Produktionspotentials aufgrund der Integration der DDR-Wirtschaft. Allerdings sind die Schätzungen des – wettbewerbsfähigen – Produktionspotentials für die DDR bislang eher vage. Noch stärker sind derzeit die Unsicherheiten über das Ausgabenverhalten in der DDR und damit über die Höhe der Geldumlaufgeschwindigkeit. Beides kann dazu führen, daß die anfängliche Zunahme der DM-Geldmenge zu weit oder zu knapp bemessen ist.

– *Probleme der künftigen Geldmengensteuerung in einem gesamtdeutschen Währungsgebiet.* Bei der Formulierung ihres Geldmengenziels wird die Bundesbank künftig auch die Zunahme des Produktionspotentials in der DDR sowie eventuell einen besonderen Trend der Umlaufgeschwindigkeit in der DDR in Rechnung stellen müssen. Da Schätzungen über das Produktionspotential und die Umlaufgeschwindigkeit für die DDR schwieriger sind als für die Bundesrepublik, ist die Ermittlung einer potentialorientierten Geldmengen Zunahme mit größeren Unsicherheiten behaftet als zuvor. Allerdings muß man berücksichtigen, daß das wirtschaftliche Gewicht der DDR derzeit nur bei etwa 10 v. H. der bundesdeutschen Wirtschaft liegt; entsprechend gering ist der Einfluß etwaiger Fehlschätzungen auf die gesamte deutsche Geldmengen Zunahme.

– *Das Problem der Behandlung der DDR-Inflationsrate.* Im Zusammenhang mit der Formulierung des Geldmengenziels stellt sich auch die Frage, wie die Bundesbank darauf reagieren soll, daß die Inflationsrate in der DDR in den nächsten Jahren voraussichtlich höher liegen wird als in der Bundesrepublik. Die vergleichsweise höhere DDR-Inflation ergibt sich daraus, daß sich die Preise der nichthandelbaren Güter – anders als die Preise der handelbaren Güter – voraussichtlich erst allmählich (mit zunehmender Produktivität) an das bundesdeutsche Niveau angleichen werden<sup>5</sup>; während dieser Phase werden die Konsumentenpreise in der DDR somit stärker steigen als in der Bundesrepublik. Nach überschlägigen Schätzungen von *Tullio* (1990) könnte die gesamtdeutsche Inflationsrate dadurch um ungefähr 0,5 v. H. höher liegen. Die Bundesbank hat in einer solchen Situation grundsätzlich zwei Optionen. Die erste ist die, daß sie eine solche vergleichsweise höhere gesamtdeutsche Inflationsrate toleriert. Die zweite Option besteht darin, daß sie versucht, die gesamtdeutsche Inflation auf dem bisher für die Bundesrepublik angestrebten

---

<sup>5</sup> Dies gilt auch deshalb, weil einige Preise (Mieten, Elektrizität, öff. Personenverkehr) erst nach und nach freigegeben werden sollen,

Niveau zu halten. Dies würde bedeuten, daß die Inflation in der Bundesrepublik vermindert werden müßte.

Auf die anderen am EWS-Wechselkursmechanismus teilnehmenden Länder wirkt sich die Unsicherheit über die stabilitätsgerechte Gestaltung der deutschen Geldpolitik in ähnlicher Weise aus wie auf die Bundesrepublik. Wird der monetäre Rahmen für die Zunahme der DM-Geldmenge ungewollt zu weit oder zu eng gesteckt, so überträgt sich eine daraus resultierende Inflations- oder Rezessionswirkung über das Wechselkurssystem auch auf andere EG-Länder. Dabei stellt sich für diese Länder die Frage, ob ein solches Risiko vermeidbar ist. Eine mögliche Überlegung mag dahin gehen, daß eine andere Währung die Ankerfunktion im EWS übernimmt. Dies könnte nach dem Stand der Dinge derzeit allenfalls der französische Franc sein. Dabei ließe sich für eine solche Lösung vorbringen, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Franc (gemessen anhand der Geldmenge M3) in den letzten Jahren recht stabil war (*Chouraqui et al.* 1988, S. 64). Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß ein Wechsel der Leitwährung im EWS vermutlich mit einer deutlichen Änderung des Geldnachfrageverhaltens verbunden wäre, die eine französische Geldmengenpolitik vor ähnlich große (wenn nicht größere) Probleme stellen könnte wie diejenigen, die sich durch das WWSU für die Bundesbank ergeben. Von daher dürfte der Übergang zu einer anderen „Ankerwährung“ im EWS nicht zu mehr Sicherheit über den monetären Kurs im EWS beitragen, zumal die mit der WWSU verbundenen Risiken die Effizienz der Bundesbankpolitik wegen des geringen wirtschaftlichen Gewichts der DDR vermutlich nicht gravierend beeinträchtigen. Um die Unsicherheit über die deutsche Geldpolitik im Inland und im Ausland möglichst niedrig zu halten, sollte die Bundesbank allerdings rasch deutlich machen, für welche der beiden genannten Optionen hinsichtlich der Formulierung des Preisniveaueziels sie sich entscheidet. Für ein zumindest zeitweiliges Beibehalten der Orientierung an der bundesdeutschen Preisentwicklung (und nicht an der gesamtdeutschen Preisentwicklung) spricht dabei, daß es noch einige Zeit dauern wird, bis für die DDR ein hinreichend stabiler Warenkorb existiert, anhand dessen die dortige Inflation gemessen werden kann.

Nicht auszuschließen ist es, daß die WWSU zu einem Druck auf die Wechselkurse im EWS führt. Dies dürfte insbesondere dann der Fall sein, wenn die WWSU – wie verschiedentlich vermutet – zu einer realen Aufwertungstendenz für die D-Mark führt. Bei unveränderten Wechselkursen im EWS kann eine reale Aufwertung der D-Mark nur dadurch zustandekommen, daß der Preisanstieg in den anderen EWS-Mitgliedsstaaten unter der Anstiegsrate in der Bundesrepublik liegt<sup>6</sup>. Sind andere EWS-Länder zu einer entsprechenden

---

<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang ist es interessant, darauf hinzuweisen, daß der Anstieg der Konsumentenpreise nach Schätzungen des Instituts für Weltwirtschaft (*Flemig et*

Reduzierung ihrer Inflationsrate nicht bereit, und hält die Bundesbank an ihrer Stabilitätspolitik fest, so bleibt als Ausweg nur eine Aufwertung der D-Mark im EWS.

#### **IV. Implikationen für das Vorhaben einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EG**

Das rasche Zustandekommen der WWSU hat die Frage nach den Konsequenzen aufgeworfen, die dies für das Vorhaben einer EG-weiten Wirtschafts- und Währungsunion hat. In diesem Zusammenhang erscheint es mir von Interesse, auf eine Reihe von Punkten einzugehen.

Als erstes ist darauf zu verweisen, daß der gesamtdeutschen Währungsintegration keine neuen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse zugrundeliegen, die ein rascheres Vorgehen auch bei der europäischen Währungsintegration nahelegen. Die von Ökonomen vorgebrachten Argumente gegen eine europäische Währungsunion – von Unterschieden in den optimalen nationalen Inflationssteuern (*Dornbusch* 1988) über Nachteile einer Währungsunion bei der Bewältigung von realen Wechselkursanpassungen (*Vaubel* 1978) bis hin zu den möglichen regionalpolitischen Problemen einer europäischen Einheitswährung (*Stahl* 1974) – werden von den jüngsten deutschen Entwicklungen so gut wie nicht berührt. Die rasche Bildung der WWSU läßt sich nicht dahingehend auslegen, daß eine Währungsunion zwischen Staaten mit sehr unterschiedlichem Einkommensniveau, erheblichem Bedarf an realen Wechselkursanpassungen und starken institutionellen Differenzen nunmehr generell als wenig problematisch angesehen werden kann.

Die WWSU – und insbesondere das Tempo ihrer Einführung – beruht im wesentlichen auf Besonderheiten, die für eine EG-Währungsintegration nicht zutreffen. Dies sind vor allem

- der erhebliche Zeitdruck, dem sich die Regierungen durch die Forderungen und die Auswanderungswelle aus der DDR ausgesetzt sahen (ein Druck, der für die Währungsintegration in der EG so nicht spürbar ist);
- die in historischen und familiären Beziehungen wurzelnde Bereitschaft der Bundesrepublik zu Transferleistungen an die DDR in einer Höhe, die bei einer Integration der wirtschaftlich schwächeren EG-Länder nicht erwartet werden kann;

---

al., 1990) bereits 1991 in drei EWS-Ländern (Belgien, Frankreich, Niederlande) niedriger liegen wird als in der Bundesrepublik. Dieses Resultat ist allerdings primär Ausdruck einer erwarteten Inflationsbeschleunigung in der Bundesrepublik. Insofern stellt sich die Frage, ob ein ausreichendes Zurückbleiben der Inflationsraten in anderen EWS-Ländern im Bedarfsfall auch dann gewährleistet ist, wenn die Inflationsrate in der Bundesrepublik wieder auf ein stabilitätsgerechtes Maß zurückgeführt worden ist.

- die Bildung einer Währungsunion durch die Übernahme einer etablierten Währung (der D-Mark) unter der Kontrolle einer bewährten Institution (der Bundesbank); im Unterschied dazu sehen die Pläne für eine EG-Währungsunion die Einführung einer neuen Währung und einer neuen geldpolitischen Institution vor.

Ein zweiter Punkt betrifft den Einfluß der WWSU auf die Geschwindigkeit einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß die WWSU in der Phase der Umstellung der DDR-Wirtschaft erhebliche öffentliche Finanzmittel erfordert. Die Fähigkeit und Bereitschaft zu Transferleistungen an wirtschaftlich schwächere EG-Staaten im Zuge einer europäischen Währungsunion dürfte daher abnehmen. Von daher ist eine rasche europäische Währungsunion, die alle EG-Länder umfaßt – auch die bislang wirtschaftlich schwächeren Staaten wie Griechenland und Portugal – weniger wahrscheinlich geworden. Andererseits mag gerade dies dazu führen, daß die Währungsintegration zwischen den relativ stabilen EG-Ländern (insbesondere Benelux, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich) nunmehr mit beschleunigtem Tempo angegangen wird – die Entscheidung der belgischen Regierung, den Franc fest an die D-Mark zu binden, mag ein erster Hinweis dafür sein.

Ein dritter Punkt betrifft den Einfluß, den die Bildung der WWSU auf die Ausgestaltung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben wird. Es gibt skeptische Stimmen, die befürchten, daß das nicht mit der Bundesbank abgestimmte Vorpreschen der Regierung in Richtung auf die WWSU sich in ähnlicher Form auf europäischer Ebene wiederholen könnte – mit der möglichen Folge, daß stabilitätspolitischen Gesichtspunkten bei der institutionellen Ausgestaltung der europäischen Währungsunion nicht genügend Rechnung getragen wird. Diese Bedenken sind nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen. Allerdings sollte man nicht übersehen, daß die in der Vergangenheit von deutschen Regierungen ergriffenen währungspolitischen Initiativen (und dazu rechnet nicht nur die WWSU, sondern auch das EWS) nicht zu einer stärker inflationären Politik geführt haben. Im Gegenteil haben sowohl das EWS als auch die WWSU das Gewicht der Bundesbank letztlich gestärkt und damit das Prinzip einer unabhängigen und der Preisstabilität verpflichteten Notenbank. Die Modellfunktion der Bundesbank für die Errichtung einer europäischen Notenbank ist durch die WWSU insoweit sogar gefördert worden.

## Literatur

- Beyfuß*, Jörg und Franz Josef *Link* (1990): „Wachstum und Preisentwicklung in einem gesamtdeutschen Wirtschaftsraum“. IW-Trends, Nr. 3.
- Bruno*, Michael and Jeffrey D. *Sachs* (1985): *The Economics of Worldwide Stagflation*. Cambridge/Mass.

- Chouraqui, Jean-Claude, Michael Driscoll and Marc-Olivier Strauss-Kahn* (1988): *The Effects of Monetary Policy on the Real Sector: An Overview of Empirical Evidence for Selected OECD Countries*. OECD, Department of Economics and Statistics, Working Paper No. 51, Paris, April 1988.
- Deutsche Bundesbank (1990), *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, Frankfurt, Juni.
- Dornbusch, Rüdiger* (1988): „The European Monetary System, the Dollar and the Yen“. In: *Giavazzi, F., S. Micossi and M. Miller (Eds.), The European Monetary System*, Cambridge / Mass., S. 23 - 41.
- Feldstein, Martin* (1986): *The Budget Deficit and the Dollar*. NBER Working Paper, No. 1898, Cambridge/Mass.
- Flemig, Günter, Enno Langfeldt, Klaus-Werner Schatz und Peter Trapp* (1990): „Bundesrepublik Deutschland: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR stützt Konjunktur“. *Die Weltwirtschaft*, Heft 1.
- Lehment, Harmen* (1988): *Fiskalpolitik in offenen Volkswirtschaften*. Kieler Studien 219, Tübingen.
- Maystadt, Philippe* (1990): „Bonn darf die Inflation nicht auf Kosten der Europäischen Partner bekämpfen“. *Die Zeit*, 11. Mai.
- Mundell, Robert* (1968): *International Economics*, New York.
- Siebert, Horst* (1990): *The Economic Integration of Germany*. Kieler Diskussionsbeiträge 160. Institut für Weltwirtschaft, Mai 1990.
- Stahl, Heinz-Michael* (1974): *Regionalpolitische Implikationen einer EWG-Währungsunion*. Kieler Studien 125, Tübingen.
- Swiss Bank Corporation (1990): *Economic and Financial Prospects*, No. 3, Basel.
- Tullio, Giuseppe* (1990): „What West Germany Gets Out of a Monetary Union“. *Wall Street Journal*, May 25/26, 1990.
- Vaubel, Roland* (1978): *Strategies for Currency Unification: The Economics of Currency Competition and the Case for a European Parallel Currency*. Kieler Studien 156, Tübingen.